

Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen
Gegenstand: Zukunftschancen ermöglichen mit guten Kitas und Schulen

3187 Antragstext

3188 **Gute Bildung für alle! Für bessere Kitas und Schulen**

3189 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine gute Bildung für alle ermöglichen.
3190 Dazu gehört für uns die Vermittlung grundlegender Kompetenzen wie
3191 Lesen, Schreiben und Rechnen ebenso wie das gemeinsame Leben und
3192 Lernen eines sozialen Miteinanders und ökologischer Verantwortung.
3193 Auch wenn das sächsische Schulsystem im deutschlandweiten
3194 Kompetenzvergleich gut abschneidet, werden Schülerinnen und Schüler,
3195 Eltern und Lehrkräfte tagtäglich mit vielfältigen Problemen
3196 konfrontiert: Kitaplatzmangel, Benachteiligung von Schülerinnen und
3197 Schülern mit Behinderung, Unterrichtsausfall, unsanierte Schulgebäude,
3198 fehlendes Fremdsprachangebot. Wir wollen genügend Kita-Plätze und gute
3199 frühkindliche Bildung, mehr Bildungsgerechtigkeit, die notwendige Zahl
3200 hervorragender Lehrkräfte und selbstständige und wohnortnahe Schulen
3201 ermöglichen.

3202 **Kita-Plätze für alle**

3203 Eltern brauchen ein bedarfsgerechtes Angebot an Kita-Plätzen in
3204 Wohnort- oder Arbeitsplatznähe. Wir wollen die Kommunen beim
3205 Kitaplatzausbau stärker unterstützen, so dass der Rechtsanspruch auf
3206 einen Betreuungsplatz bei steigenden Kinderzahlen tatsächlich
3207 gewährleistet werden kann. Ein Investitionsprogramm für Sanierung und
3208 Neubau von Kindertageseinrichtungen, die Sicherung der Kapazitäten für
3209 die ErzieherInnenausbildung an Fachschulen sowie der Ausbau an den
3210 Hochschulen bringen gute Kitapläätze und mehr Erzieherinnen und
3211 Erzieher. Tagespflege kann ein gutes ergänzendes Angebot sein, wenn

3212 sie denselben Qualitätsstandards genügt, wie sie für Kitas gelten.

3213 **Mehr Qualität und Bildungsgerechtigkeit durch besseren**

3214 **Betreuungsschlüssel**

3215 Jedes Kind wird durch die frühen Jahre seines Lebens entscheidend
3216 geprägt. Gute Kitas und Kindertagespflegestellen eröffnen Chancen,
3217 wenn sie ihrem gesetzlichen Bildungsauftrag richtig nachkommen. Gerade
3218 Kinder, die in schwierigen Verhältnissen aufwachsen, gewinnen durch
3219 gezielte Förderung. Zur weiteren Verbesserung der Qualität brauchen
3220 die Kitas mehr qualifiziertes Personal. Insbesondere Kitas in
3221 Ortsteilen mit besonderen sozialen Herausforderungen sollen bei Vor-
3222 und Nachbereitung und Elternarbeit personell unterstützt werden. Wir
3223 wollen Kinder mit Behinderung nicht in Sondereinrichtungen abschieben,
3224 sondern gemeinsames Spielen, Lernen, Lachen in inklusiven Kitas
3225 umfassend ermöglichen. Wir wollen Standards für den Anteil
3226 heilpädagogischer Fachkräfte in inklusiven Kitas festschreiben. Die
3227 Umsetzung des Bildungsplans darf nicht nur dem Engagement der
3228 Erzieherinnen und Erzieher überlassen werden. Die Kitas brauchen
3229 endlich zusätzliches Personal. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb
3230 langfristig den Betreuungsschlüssel auf 1:10 im Kindergarten und 1:4
3231 in der Krippe verbessern. In einem ersten Schritt wollen wir 90
3232 Millionen Euro zur Verbesserung des Personalschlüssels auf 1:12 und
3233 1:5 zur Verfügung stellen.

3234 **Aus- und Weiterbildung von ErzieherInnen verbessern**

3235 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen fordern einen zügigen Ausbau aus-
3236 und weiterbildender elementarpädagogischer Studiengänge an den
3237 sächsischen Hochschulen als der zweiten Säule der
3238 ErzieherInnenausbildung neben den Fachschulen. Wir setzen uns dafür
3239 ein, dass in Sachsen auch das dritte Jahr zur ErzieherInnenausbildung
3240 finanziert wird. Um ein international vergleichbares Niveau zu
3241 erreichen, sollen bis 2020 mindestens jede zweite neu ausgebildete
3242 pädagogische Fachkraft und alle Fachkräfte in Kita-Leitung,
3243 Fortbildung und Fachberatung einen Hochschulabschluss besitzen.
3244 Ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen brauchen einen leichteren
3245 Zugang zum ErzieherInnenberuf. Erzieherinnen und Erzieher können noch
3246 viel besser mit einem umfangreichen Beratungs- und
3247 Weiterbildungsangebot unterstützt werden. Die Anzahl der
3248 frühpädagogischen Professuren und der zugehörigen wissenschaftlichen
3249 Mitarbeiterstellen an sächsischen Hochschulen sollen bedarfsgerecht
3250 erhöht werden. Um den Beruf als ErzieherIn attraktiver zu machen,
3251 bedarf es neben einer besseren Qualifikation auch einer gerechten
3252 Entlohnung.

3253 **Kindertagespflegestellen als Erfahrungsorte frühkindlicher Bildung**

3254 Wir wollen neben den Kitas auch die Tageseltern stärken. Es gibt
3255 unterschiedliche Regelungen zur Zahlung der Aufwandsentschädigung bei

3256 Krankheit oder Urlaub, Vertretungen sind nicht abgesichert.
3257 Tagespflegeeltern mit ErzieherInnenabschluss verdienen deutlich
3258 weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen in der Kita. Die
3259 Kindertagespflege darf nicht länger das Sparmodell in der
3260 Kinderbetreuung bleiben – das gilt auch für die Qualität. BÜNDNIS
3261 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen den Aufbau regionaler Beratungsstellen
3262 und Vernetzungsmöglichkeiten unterstützen, Fort- und
3263 Weiterbildungsangebote für die spezifischen Erfordernisse von
3264 Tagesmüttern und Tagesvätern ausbauen und landesweit verbindliche
3265 Standards für ihre angemessene, qualifikations- und leistungsgerechte
3266 Vergütung sowie für Krankheits- und Urlaubsregelungen verbindlich
3267 festschreiben und für eine finanzielle Gleichstellung von
3268 Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sorgen.

3269 **Schulische Inklusion entschlossen umsetzen**

3270 Mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2009
3271 hat sich Deutschland dazu verpflichtet, dass SchülerInnen mit
3272 sonderpädagogischem Förderbedarf grundsätzlich allgemeinbildende
3273 Schulen besuchen können. Doch die Realität in Sachsen sieht so aus,
3274 dass das Recht auf inklusive Bildung nur in Ausnahmefällen
3275 gewährleistet wird. Wir unterstützen den 2011 im Landtag gefundenen
3276 Grundkonsens, das sächsische Bildungssystem zu einem inklusiven System
3277 weiterzuentwickeln und dem Elternwunsch nach Besuch einer Regelschule
3278 bei verbesserten Rahmenbedingungen zu entsprechen. BÜNDNIS 90/DIE
3279 GRÜNEN streben ein vollständig inklusives Schulsystem in Sachsen an
3280 und wollen zügig alle Voraussetzungen dafür schaffen. Wir wollen den
3281 Rechtsanspruch eines jeden Kindes auf den Besuch von Regelschulen bei
3282 deutlich verbesserten Rahmenbedingungen – wie ausreichenden
3283 SchulassistentInnen und sonderpädagogischen Lehrkräften –
3284 gewährleisten. Lernzieldifferenzierter Unterricht in der Sekundarstufe
3285 soll rechtlich ermöglicht werden. Wir wollen gemeinsam mit
3286 Schulträgern und weiteren Akteuren eine Konzeption zur Umsetzung der
3287 UN-Konvention erarbeiten, die verantwortliche Zeitvorgaben beinhaltet.
3288 Inklusive Bildung gehört auch in die Aus- und Fortbildung von allen
3289 LehrerInnen und in die Elternberatung. Das Prinzip der
3290 Barrierefreiheit gilt selbstverständlich auch für die bauliche
3291 Gestaltung von Schulen. Wir wollen dieses Ziel als Investitionsvorrang
3292 in der Schulhausbauförderung verankern.

3293 **Eine für alle! Gemeinschaftsschule konkret umsetzen**

3294 Wir GRÜNE setzen auf gute Bildungschancen unabhängig von Herkunft oder
3295 Elternhaus. Jedes Kind soll individuell gefördert werden und alle
3296 Abschlüsse an ein und derselben Gemeinschaftsschule erreichen können.
3297 Zugleich sollen auch am Gymnasium alle Schulabschlüsse erworben werden
3298 können. Die Wahl zwischen Oberschule und Gymnasium, muss damit künftig
3299 nicht mehr als Entscheidung über Lebenswege empfunden werden. Wir
3300 wollen Gemeinschaftsschulen von der Einschulung bis zum Schulabschluss

3301 durch Neugründungen oder Kooperationen bestehender Schulen dort
3302 ermöglichen, wo kommunale oder freie Schulträger dies wollen. Wir
3303 wollen darüber hinaus eine gemeinsame Schulzeit ab der fünften
3304 Klassenstufe einführen, indem die jetzigen Oberschulen zu
3305 Gemeinschaftsschulen werden. Die Bildungsempfehlung wird durch eine
3306 Bildungsberatung durch die Schule ersetzt. Das Abitur kann an
3307 Gemeinschaftsschulen durch eine eigene gymnasiale Oberstufe oder eine
3308 verbindliche Kooperation mit Oberstufen anderer Gemeinschaftsschulen,
3309 den Gymnasien oder beruflichen Gymnasien in Oberstufenzentren
3310 ermöglicht werden. Dabei soll das Abitur an der Gemeinschaftsschule
3311 wahlweise in zwölf oder dreizehn Jahren abgelegt werden können, um den
3312 unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten der SchülerInnen Rechnung zu
3313 tragen.

3314 **Zeit für mehr! Echte Ganztagschulen braucht das Land**

3315 Auch wenn Sachsen den bundesweit höchsten Anteil von Ganztagsangeboten
3316 aufweist, sind echte Ganztagschulen immer noch die Ausnahme. Auch
3317 wenn die Förderung von Ganztagsangeboten etwas vereinfacht wurde,
3318 fehlen nach wie vor Anreize für tatsächliche Ganztagschulkonzepte.
3319 Unter echten Ganztagschulen verstehen wir GRÜNEN nicht etwa die
3320 Verlängerung des traditionellen Unterrichts in den Nachmittag hinein
3321 oder lediglich das Anhängen eines Freizeitangebots an den
3322 Unterrichtsvormittag. „Zeit für mehr“ bedeutet für uns, mehr
3323 Möglichkeiten für eine moderne Pädagogik, für gute Diagnostik, für
3324 eine echte individuelle Förderung sowie für die gute und durchdachte
3325 Öffnung der Schule nach außen.
3326 Grundlage einer GRÜNEN Ganztagschule ist die Nutzung moderner Lern-
3327 und Lehrmethoden, die den individuellen Bedürfnissen der Kinder und
3328 Jugendlichen gerecht werden. In Ganztagschulen, in denen sich Phasen
3329 von Unterricht und Selbstlernen, Projekten und Freizeit abwechseln,
3330 kann effektiver und vor allem auch kindgerechter gelernt werden, und
3331 klassische Hausaufgaben können wegfallen. Ein vielfältiges von
3332 verschiedensten Lernformen gekennzeichnetes Tagesprogramm gelingt in
3333 der Zusammenarbeit methodisch kompetenter Lehrkräfte mit ErzieherInnen
3334 und SozialpädagogInnen als gleichberechtigten Mitgliedern des
3335 PädagogInnenteams. Echte Ganztagschulen sichern eine verlässliche
3336 Versorgung mit gesundem Mittagessen. Sie ersetzen in den unteren
3337 Klassen das Nebeneinander von Grundschule und Hort ohne
3338 Qualitätsabstriche. Um echte Ganztagschulen zu schaffen, wollen
3339 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Förderung von Ganztagschulen auf eine
3340 mehrjährige Pauschalförderung nach Vorlage eines pädagogischen
3341 Konzepts umstellen. Die Ganztagschulförderung soll auf die
3342 Grundschule unter Einbeziehung der bisherigen Hortangebote ausgeweitet
3343 werden.

3344 **Soziales Lernen stärken**

3345 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen die Kommunen bei der

3346 flächendeckenden und bedarfsgerechten Einstellung von
3347 SchulsozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen in allen Schularten
3348 unterstützen. Schulen in sozialen Brennpunkten sollen durch eine
3349 bedarfsorientierte Förderung der Schulsozialarbeit stärker gefördert
3350 werden. Die an Förderschulen bereits bewährten pädagogischen
3351 Unterrichtshilfen wollen wir auch an Gemeinschaftsschulen einführen.

3352 **Für eine individuelle Lernkultur**

3353 Nur eine individualisierte Lernkultur wird allen Schülerinnen und
3354 Schülern gerecht, denn jeder Mensch lernt anders. Der reine
3355 Frontalunterricht kann durch einen Methodenmix aus Projektunterricht,
3356 selbstständigem Lernen, Einsatz von Medien und klassischen Lehrformen
3357 ersetzt werden. Die Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern
3358 muss dem Rechnung tragen. Lernberichte sind ein wirkungsvolles
3359 Instrument der Lern- und Leistungseinschätzung und sollten die
3360 traditionelle Notenskala ergänzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen
3361 wollen jahrgangsübergreifenden Unterricht und andere innovative
3362 Lernformen in allen Schularten ermöglichen und innovative
3363 Unterrichtsformen wie das Jahrgangsteam-Modell oder Team-Coaching
3364 unterstützen. Für Kinder mit Teilleistungsschwächen wie Legasthenie,
3365 Dyskalkulie und ADS wollen wir das gesetzlich verbriefte Recht auf
3366 Notenschutz und Nachteilsausgleich einführen. Die Nichtversetzung in
3367 das nächste Schuljahr (Sitzenbleiben) soll durch gezielte individuelle
3368 Förderung überflüssig gemacht werden und nur noch auf Wunsch der
3369 betreffenden SchülerInnen beziehungsweise derer Eltern angewendet
3370 werden.

3371 **Zweisprachiges Bildungssystem für die bi-kulturelle Lausitz**

3372 Wir wollen, dass das sorbische Witaj-Sprachprojekt zu einem
3373 zweisprachigen Bildungssystem für die gesamte bi-kulturelle Lausitz
3374 ausgebaut wird. Auch jenseits des sogenannten sorbischen Kerngebietes
3375 sollen Witaj-Gruppen angeboten werden können und eine entsprechende
3376 Fortführung in den Schulen nach dem „2plus-Modell“ gewährleistet
3377 werden.

3378 **Echte Lernmittelfreiheit verwirklichen**

3379 Schulbildung ist ein Grundrecht, deswegen müssen alle Kinder
3380 unabhängig von ihrer sozialen Herkunft Zugang zu Bildungsinhalten
3381 bekommen. Wir haben noch keine echte Lernmittelfreiheit und somit
3382 keine Bildungsgerechtigkeit. Wir wollen, dass Schulen und Kommunen in
3383 die Lage versetzt werden, für alle SchülerInnen Lehrbücher,
3384 Arbeitshefte und didaktische Materialien bereitzuhalten. Dazu gehört
3385 auch, dass digitale Lernmittel und neue Medien allen Schülerinnen und
3386 Schülern zur Verfügung stehen. Dies kann insbesondere durch die
3387 Förderung von Open-Source-Projekten ermöglicht werden. BÜNDNIS 90/DIE
3388 GRÜNEN sprechen sich für verbindliche Standards für die kostenfreie
3389 Lernmittelausstattung aus.

3390 **Traditionelle Rollenbilder durch geschlechtergerechte Bildung überwinden**

3391 Eine geschlechtergerechte Bildung ist für uns ein wesentlicher
3392 Bestandteil von Bildungsgerechtigkeit. Eine geschlechtersensible
3393 Bildung in Kitas und Schulen hilft, überholte Rollenbilder zu
3394 überwinden und geschlechtsspezifische Benachteiligungen abzubauen.
3395 Deshalb wollen wir geschlechtergerechte Erziehung zu einem
3396 verbindlichen Bestandteil der Aus- und Weiterbildung von ErzieherInnen
3397 machen und dieses Thema auch in der Lehramtsausbildung sowie der
3398 pädagogischen Fort- und Weiterbildung stärker verankern. Der Anteil
3399 von männlichen Erziehern in Kitas kann noch deutlich erhöht werden.
3400 Zudem ist zu gewährleisten, dass auch Lehr- und Lernmittel im Hinblick
3401 auf Geschlechtersensibilität konzipiert werden.

3402 **Schule in gesellschaftlicher Verantwortung**

3403 Wir wollen, dass an Schulen demokratisches und zivilgesellschaftliches
3404 Engagement, soziale Verantwortung und religiöse Toleranz gelernt und
3405 gelebt werden. Wir wollen Schulen stärker als bisher für
3406 zivilgesellschaftliche Initiativen öffnen sowie Informationen über und
3407 Trainings gegen Rechtsextremismus offensiv unterstützen und fördern.
3408 Über Informationsveranstaltungen der Bundeswehr muss an der Schule
3409 rechtzeitig informiert werden, und Schülerinnen und Schüler müssen auf
3410 eigenen Wunsch freigestellt werden können.

3411 **LehrerInneausbildung reformieren**

3412 Wir wollen das Lehramtsstudium attraktiver machen und junge Menschen
3413 für den Lehrerberuf gewinnen, z. B. durch freiwillige Eignungstests
3414 für Interessierte bereits vor Studienbeginn. Die Praxisanteile in der
3415 Lehrerausbildung sollen durch Orientierungspraktika und Praxissemester
3416 sowie eine permanente studienbegleitende Praxis gestärkt werden. Auch
3417 die bildungswissenschaftlichen Anteile in der Ausbildung von
3418 Lehrerinnen und Lehrern sind zu stärken - dies gilt insbesondere für
3419 die Grundschule. Wir halten die Unterscheidung der Lehrämter nach
3420 verschiedenen Schularten für überholt und wollen stattdessen die
3421 Lehramtsausbildung auf ein Stufenmodell (Primarstufe - Grundschule,
3422 Sekundarstufe - Oberschule/Gymnasium) mit gleicher Qualität und Dauer
3423 umstellen. Eine stufenbezogene Ausbildung erhöht nicht nur die
3424 Vielseitigkeit des Lehramtsstudiums sondern auch die
3425 Einsatzmöglichkeiten bei der späteren Lehrtätigkeit. In diesem
3426 Zusammenhang streben wir auch eine Gleichstellung des Lehramtes an
3427 Grundschulen mit den übrigen Lehrämtern an. Alle LehrerInnen sollen
3428 umfassende Kompetenzen im Umgang mit SchülerInnen mit Behinderungen
3429 entwickeln können. Deshalb sind Pflichtmodule in inklusiver Pädagogik
3430 verbindlich im Lehramtsstudium zu verankern. Die Ausbildung von
3431 Lehrerinnen und Lehrern muss klar und verbindlich durch ein
3432 Lehrerbildungsgesetz geregelt werden.

3433 **Seiteneinstieg ermöglichen**

3434 Vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Lehrkräftemangels sollten
3435 alle Möglichkeiten zur Gewinnung von LehrerInnennachwuchs ausgeschöpft
3436 werden. Die beruflichen Schulen haben gezeigt, dass die Einbindung von
3437 SeiteneinsteigerInnen eine Lösung des Problems sein kann. Angesichts
3438 der stärkeren pädagogischen Herausforderungen im Bereich der
3439 allgemeinbildenden Schulen ist es jedoch unerlässlich, die Möglichkeit
3440 des Seiteneinstieges an ein umfassendes pädagogisches Studium zu
3441 koppeln. Deshalb wollen wir die Universitäten mit der Entwicklung
3442 eines eigenständigen Masterstudiengangs für SeiteneinsteigerInnen mit
3443 fachlichem oder pädagogischem Hochschulabschluss beauftragen. Außerdem
3444 ist ein Stipendienprogramm für den Seiteneinstieg in Mangelfächern
3445 aufzulegen.

3446 **Schule als fairer und attraktiver Arbeitsplatz**

3447 Sachsen wird nur dann genügend Lehrkräfte gewinnen können, wenn der
3448 Arbeitsplatz Schule in jeder Hinsicht attraktiver wird. Lehrerinnen
3449 und Lehrer leisten eine wertvolle Arbeit in Sachsen. Sie sind
3450 verantwortlich für gute Bildungserfolge, aber für ihre Arbeit erfahren
3451 sie keine ausreichende Wertschätzung. Sie werden in Sachsen
3452 unterschiedlich entlohnt, weil sie an unterschiedlichen Schularten
3453 unterrichten. Dies ist nicht nur ungerecht, sondern führt unter
3454 anderem dazu, dass ein Großteil der Lehramtsstudierenden das
3455 Gymnasium, aber viel zu wenige die schlechter vergüteten Schularten
3456 Grundschule und Oberschule anstreben. Wir setzen uns für einen
3457 Tarifvertrag zur Arbeitszeit der Lehrkräfte, der alle
3458 Tätigkeitsbereiche berücksichtigt, anstelle der bisherigen einseitigen
3459 Arbeitgeberrichtlinie und eine schrittweise einzuführende einheitliche
3460 Vergütung der Lehrkräfte aller Schularten in der Entgeltgruppe 13 ein.
3461 Faire Altersteilzeitmodelle sind zur Gestaltung des
3462 Generationenwechsels in den Schulen notwendig.
3463 Nicht nur die Vergütung, sondern auch der Arbeitsplatz von Lehrkräften
3464 muss attraktiver gestaltet werden. Wir wollen, dass die Vor- und
3465 Nachbereitung des Unterrichts in der Schule erfolgen kann. In der
3466 Organisation der Arbeitszeit wollen wir uns durch die Ermöglichung von
3467 Arbeitszeitkonten von der einseitigen Konzentration auf die
3468 Unterrichtsverpflichtung lösen und damit die Vielfalt der
3469 pädagogischen Tätigkeiten anerkennen.

3470 **Selbstständige Schule**

3471 Wir wollen Schulen in organisatorischer, finanzieller und personeller
3472 Hinsicht unabhängiger machen. Deshalb wollen wir schrittweise die
3473 Finanzierung der Schulen auf Budgets umstellen, die die spezifischen
3474 sozialen und pädagogischen Voraussetzungen der einzelnen Schulen
3475 berücksichtigen. Die Entscheidungsbefugnis über finanzielle,
3476 organisatorische und personelle Fragen wollen wir in die Hände der
3477 demokratisch gewählten Schulgremien legen. Die Sächsische
3478 Bildungsagentur kann dann zu einer regionalen Koordinationsstelle für

3479 Profilentwicklung, Qualitätsmanagementprozesse und Evaluation
3480 umgewandelt werden. Die Entscheidung über die Einstellung von
3481 Lehrkräften soll mit einem Vorschlagsrecht der Bildungsagentur
3482 (LehrerInnenpool) verbunden sein, um eine regionale ausgewogene
3483 Lehrerkräfteversorgung zu sichern.
3484 Der Freistaat soll Schulverbände und andere regionale
3485 Kooperationsformen zwischen mehreren Einrichtungen zulassen und
3486 fördern.
3487 Schulschließungen müssen der Vergangenheit angehören. Intelligente
3488 Vernetzungen können unabhängig von Schülerzahlen flächendeckende Lehre
3489 ermöglichen.

3490 **Schulhausbau - Investitionsstau auflösen**

3491 Der Investitionsstau an sächsischen Schulen beläuft sich nach Angaben
3492 der Kommunen auf fast 2 Mrd. Euro. Dies führt nicht nur zu
3493 Kapazitätsengpässen in den Einrichtungen und einer unbefriedigenden
3494 Lernatmosphäre, sondern auch zu einer schlechten Energie- und
3495 Klimabilanz. Wir wollen diesen Rückstand bis 2020 zu einem Großteil
3496 aufholen. Beim Neubau von Schulen und bei der grundlegenden Sanierung
3497 sind umfassende Ansprüche an Barrierefreiheit sowie moderne
3498 pädagogische Erkenntnisse im Raumkonzept zu berücksichtigen. Vorrangig
3499 wollen wir die baulichen Voraussetzungen für gute Ganztagschulen, z.
3500 B. mit echten Schulküchen oder Ruheräumen, fördern. BÜNDNIS 90/DIE
3501 GRÜNEN sprechen sich für ein Investitionsprogramm aus, um den
3502 Investitionsstau zu einem großen Teil aufzulösen. Diese Verpflichtung
3503 der Schulträger wollen wir mit höheren Schlüsselzuweisungen für
3504 Schüler untersetzen und transparent darstellen.

3505 **Gleichstellung von Schulen in freier und staatlicher Trägerschaft**

3506 CDU und FDP haben in den letzten Jahren den Betrieb und die Gründung
3507 freier Schulen in Sachsen deutlich erschwert. Die staatlichen
3508 Zuschüsse an Freie Schulen wurden von 90 auf 80 Prozent gesenkt und
3509 die Erstattung des Schulgeldes für sozial Bedürftige abgeschafft. Neu
3510 zu gründende Freie Schulen sollen dieselben Mindestschülerzahlen wie
3511 öffentliche Schulen vorweisen. Auch die „Wartefrist“, nach deren
3512 Ablauf Freie Schulen überhaupt erst öffentliche Zuschüsse bekommen,
3513 ist von drei auf vier Jahre verlängert worden. Wir wollen diese
3514 Verschlechterungen rückgängig machen. Die Schulgelderstattung muss
3515 wieder eingeführt werden.

3516 **Gute Bildung für das ganze Leben: Berufliche Bildung und Weiterbildung**

3517 Angesichts des längst wirkenden Fachkräftemangels ist es nicht
3518 hinnehmbar, dass die Zahl der Ausbildungsabbrüche weiterhin hoch ist.
3519 Wir wollen die duale Ausbildung stärken und die Berufsorientierung
3520 verbessern. Wir wollen durch die Einführung von praxisorientierten
3521 Produktionsschulen und eine Modularisierung der Ausbildung erreichen,
3522 dass auch "Schulmüde" und Jugendliche ohne Schulabschluss durch

3523 Ausbildung einen Einstieg in den Beruf finden. Wo es notwendig ist,
3524 sollen BerufsschülerInnen durch BeratungslehrerInnen als LotsInnen und
3525 MentorInnen bei der Lehrstellensuche, während der Ausbildung und bei
3526 der Arbeitsplatzsuche begleitet werden. Wir wollen, dass sich auch die
3527 beruflichen Schulen schrittweise zu inklusiven Schulen entwickeln.
3528 Dafür wollen wir insbesondere die Ausbildungsbetriebe stärker für
3529 Menschen mit Handicaps sensibilisieren und bei ihrer Ausbildung
3530 unterstützen. Die Schulnetzplanung im Bereich berufsbildender Schulen
3531 und beruflicher Gymnasien findet heute weitgehend in den Grenzen der
3532 Landkreise und kreisfreien Städte statt. Wir wollen, dass sich die
3533 Schulträger einer Region unter der fachlichen Moderation durch das
3534 Kultusministerium kreisübergreifend unter Beteiligung der
3535 Ausbildungsfirmen auf regionale Schulnetzplanungen verständigen, um
3536 auf demographische Entwicklungen zu reagieren und Angebote sinnvoll
3537 aufeinander abzustimmen.

3538 Lebenslanges Lernen bedeutet auch die Chance, schulische Abschlüsse
3539 nachzuholen. Wir wollen wieder mehr Anstrengungen auf den Erhalt des
3540 zweiten Bildungsweges legen, denn die gegenwärtige Ausdünnung der
3541 Abendgymnasien und -mittelschulen baut Möglichkeiten für Erwachsene
3542 ab. Wir wollen dagegen mehr Möglichkeiten schaffen, das Abitur oder
3543 die Mittlere Reife nachzuholen. Vorrangig können dafür vorhandene
3544 Schulgebäude genutzt werden. Dort, wo das nicht möglich ist, soll
3545 geprüft werden, ob die ortsansässige Volkshochschule oder eine andere
3546 geeignete Bildungsstätte mit dieser Aufgabe betraut werden kann.

3547 Zudem wollen wir insbesondere in entwicklungsbedürftigen Regionen und
3548 Stadtquartieren die Zugänge zur Erwachsenenbildung erleichtern.
3549 Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen sollen
3550 verstärkt Projekte der Interkulturellen Bildung, der Umweltbildung der
3551 Familienbildung und der Seniorenbildung gefördert werden.

3552 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen in einem
3553 Bildungsfreistellungsgesetz den Anspruch auf bezahlte Freistellung für
3554 Weiterbildung gesetzlich verankern. Die Zuschüsse für die
3555 Volkshochschulen wollen wir schrittweise auf den bundesdeutschen
3556 Durchschnitt anheben.